

Beratungsergebnis zu Vorlage Nr. 20/004/2007

**Ausschuss für Angelegenheiten des Öffentlichen Personennahverkehrs am
12.03.2007**

Zu Punkt 5: Sachstandsbericht ÖPNV

Herr Richter informiert den Ausschuss ergänzend zur Vorlage darüber, dass sich das von der Stadt Langenfeld initiierte EU-gerichtliche Verfahren nicht so positiv darstellt, wie es der VRR noch vor rund 4 Monaten öffentlich kommuniziert hat. Zwar sei es richtig, dass für den zurückliegenden Zeitraum bis zum Jahr 2005 die Überprüfung des VRR-Finanzierungssystems durch die EU als abgeschlossen betrachtet werden kann und auch keine Strafen oder Nach- bzw. Rückzahlungen zu erwarten sind, aber die EU die seit dem Jahr 2005 gültige neue Finanzierung im VRR als äußerst kritisch ansieht. Die Bundesrepublik Deutschland ist durch die EU erneut zu einer Stellungnahme aufgefordert worden, die Frist wurde bis zum 31.03.2007 verlängert.

Herr Wedel dankt der Verwaltung für den vorgelegten Bericht und bittet noch einmal darum, im Rahmen der nächsten Sitzung über den Ausgang und die Folgen des sogenannten Magdeburger Verfahrens vor dem BVerwG vom 19.10.2006 informiert zu werden.

Der Ausschuss für Angelegenheiten des Öffentlichen Personennahverkehrs nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis.